

★ TOP



Die Thuner Meyer Burger Technology AG hofft auf Subventionen, um die hoch automatisierte Zellfertigung in Deutschland schnell zu erweitern.

PV UND DER INFLATION REDUCTION ACT

Meyer Burger: "Amerika ist derzeit attraktiver für Investitionen"

Bitterfeld-Wolfen (energate) - Der Solarhersteller Meyer Burger erwartet mehr wirtschaftliche Unterstützung von der Bundesregierung. CEO Gunter Erfurt kritisiert im Interview mit dem energate-Magazin emw die langsamen Mühlen der Politik und macht Druck. "Wenn im zweiten Quartal 2023 nichts passiert, müssen wir Entscheidungen treffen", sagte Erfurt. Das Unternehmen will wachsen und Europa will unabhängiger bei der Energieinfrastruktur werden. Eigentlich passt das gut zusammen. Doch für neue Investitionen, stellt Meyer Burger klar, ist der amerikanische Markt derzeit attraktiver. Wie sich die zusätzlichen Kapazitäten auf die Kontinente verteilen, sei auch von einem Förderregime abhängig.

Im vergangenen Jahrzehnt wurde China zur Werkbank des Solarbaus. Fast alle Solarmodule werden in den riesigen Fabriken dort hergestellt. Erfurt zufolge war das nur mit Subventionen vom Staat möglich, der sich das strategisch überlegt habe. Die Energieerzeugung sei die Grundlage wirtschaftlichen Schaffens - Abhängigkeiten seien hier sehr wertvoll. Eine Solarindustrie in großem Maßstab wieder in Europa anzusiedeln, ist Erfurt zufolge eine Frage der Vorbereitung von Lieferketten und der Ambitionen. Mit der Zellfertigung in Thalheim in Bitterfeld-Wolfen lebte das Solar Valley wieder neu auf. Hier produzierten einst die vielen deutschen Solarhersteller. Meyer Burger suchte sich den Standort aus, nachdem das Unternehmen 2020 entschieden hatte, nicht mehr nur Maschinen für die Solarindustrie herzustellen, sondern diese selbst zu nutzen.

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Meyer Burger: "Amerika ist derzeit attraktiver für Investitionen" 1

🏠 POLITIK

Kritik an Netzentgelten wächst 2

Nimmermann beginnt Arbeit als Energiestaatssekretär 3

Investitionen in Solarenergie übersteigen 2023 erstmals die für Erdöl 3

🏢 UNTERNEHMEN

Digitale Vertriebslösungen von Evycloud finden erste Abnehmer 4

⚡ STROM

Biomasseausschreibung erstmals überzeichnet 4

Drei Millionen PV-Anlagen bundesweit am Netz 5

"Xlinks wird kein zweites Desertec-Projekt" 5

🔥 GAS & WÄRME

Bundeskartellamt ermittelt gegen Fernwärmeversorger 6

IW sieht Standortprobleme durch teures Gas 6

Wasserstoffbeimischung in Erfstadt problemlos 7

⚡ NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Freenow-Taxis laden bundesweit 7

Wasserstoffpreise fallen weiter 7

VZBV: "Der Nutzen des Smart-Meter-Einbaus übersteigt die Kosten" 8

🇦🇹 ÖSTERREICH

Bundesländer favorisieren PV-Ausbau 9

Bundesregierung präsentiert überarbeitetes EEEffG 9

Rosatom darf AKW Paks ausbauen und finanzieren 9

🔥 ⚡ ADD-ON INHALTE

Weitere Meldungen aus Ihren individuellen Add-ons

Zwei von drei Produktlinien sind in Thalheim bereits in Betrieb. In der Fabrik funktioniert alles digital und ist miteinander vernetzt, erklärte Franz Ortlepp, Ingenieur in der Solarzellenfertigung vor Ort. Im 1,5-Sekunden-Takt werden hier Wafer zu Solarzellen. 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag. An einem Tag stapeln die Maschinen in Thalheim 1 Mio. Solarzellen auf, fertig für den Weitertransport. Über gläserne Schienen unter der Decke werden die Wafer von einem Arbeitsschritt zum nächsten geschoben. Die wenigen Mitarbeitenden stehen in den Gängen und beobachten die Prozesse. Weil

jeder Wafer eine eigene ID hat, wissen sie genau, welcher Wafer gerade wo ist. Die Kosten für das Personal machen zehn Prozent der Gesamtkosten der Fabrik aus. Das ermögliche es dem Unternehmen, in Ländern mit hohen Löhnen zu produzieren.

Werk in Thalheim wäre "sehr einfach" aufzustocken

Das Werk in Thalheim wird 2023 fertiggestellt und soll dann über eine Kapazität von 1.400 MW verfügen. Eine alte Fabrik nebenan baut Meyer Burger derzeit zusätzlich um. Neue Flächen hat sich das Unternehmen ebenfalls gesichert. In Zukunft könnte Meyer Burger mit europäischen Fördergeldern weitere Fabriken in anderen EU-Ländern eröffnen. Allein der Standort Thalheim ließe sich "sehr einfach" auf 2.500 MW aufstocken. In China passiert der Aufbau einer neuen Fabrik jedoch in anderen Dimensionen. Dort können PV-Komponentenhersteller pro Jahr 50.000 MW zubauen. Das sei dort perfekt organisiert, sagte Erfurt. Was ihm in Deutschland helfen würde, wäre, parallel mit den Bauanträgen bereits zu bauen - so wie der Elektroautohersteller Tesla in Brandenburg.

USA locken mit Millionensubventionen

Den Wertschöpfungsschritt nach der Solarzelle besetzt Meyer Burger ebenfalls. Von Thalheim aus geht es für die Solarzellen weiter nach Freiberg in Sachsen oder in die USA. Aus 120 Zellen wird dort ein Solarmodul. Für das amerikanische Werk in Arizona bekomme Meyer Burger Steuergutschriften von bis zu 140 Mio. Dollar pro Jahr, knapp 131 Mio. Euro. Bis 2029 wären das 720 Mio. Dollar, beziehungsweise 672 Mio. Euro, rechnet CEO Gunter Erfurt vor. Das Unternehmen profitiert als Cleantech-Industrie vom Inflation Reduction Act. Viele Betriebe in Europa hätten ebenfalls gerne eine solche Förderung. Seine Investoren, so Erfurt, fragten "zu Recht", was Meyer Burger noch in Europa mache. Er bleibe jedoch optimistisch, dass in Europa den großen Worten Taten folgten.

Die Europäische Kommission verkündete im vergangenen Jahr das Ziel, bis 2025 Fabriken mit Kapazitäten von 30.000 MW in

der EU zu haben, und zwar entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Im März 2023 verabschiedete die Kommission mit dem "Temporary Crisis and Transition Framework" die beihilfe-rechtliche Grundlage dafür, dass die Mitgliedsstaaten sogenannte Schlüsselindustrien subventionieren dürfen.

Das Bundeswirtschaftsministerium kündigte in seiner Solarstrategie an, die Einführung eines Hybridkapitalinstruments zu prüfen, das auch für die PV-Industrie geöffnet werden könnte. Außerdem ist ein Investitionsförderprogramm geplant. An diesen Stellschrauben sollten Deutschland und die EU Gunter Erfurt zufolge arbeiten, damit sich auf dem Kontinent wieder eine Solarindustrie ansiedelt. /kj
Von Katharina Johannsen

Das vollständige Interview im Wortlaut lesen Sie in der kommenden Ausgabe des energate-Magazins emw.

POLITIK

ERNEUERBARENAUSBAU

Kritik an Netzentgelten wächst

Magdeburg (energate) - Die Kritik an den Stromnetzentgelten für private Haushalte in Deutschland reißt nicht ab. Der Vorsitzende der Energieministerkonferenz, Sachsen-Anhalts Energieminister Armin Willingmann (SPD), drängt erneut auf eine Neuregelung der Systematik. Grund ist die Logik hinter dem Erneuerbarenausbau: In Ländern wie Schleswig-Holstein, wo viele Windräder stehen, werden wesentlich höhere Entgelte erhoben als zum Beispiel in Bayern. "Diese Logik [...] erschließt sich mir nicht" sagte Willingmann. Aus seiner Sicht profitierten ausgerechnet jene Bundesländer im Süden Deutschlands von niedrigeren Strompreisen, die sich in den vergangenen Jahren dem Erneuerbaren- und Netzausbau entgegengestellt hätten.

Sachsen-Anhalts Energieminister appelliert daher an das Bundeswirtschaftsministerium, die Entgelte neu zu regeln - das heißt



100% ERNEUERBARE FÜR ALLE.

GP JOULE ist in allen Teilen der Energie-Wertschöpfungskette aktiv: von der Erzeugung bis zur Nutzung. Wir beraten, finanzieren, projektieren, bauen und sorgen für den passenden Service. Wir produzieren und vermarkten Wind- und Solarstrom, grünen Wasserstoff und Wärme.

GP-JOULE.DE

GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY.

gerechter zu verteilen. Dabei verweist er auf einen entsprechenden Beschluss der Energieministerkonferenz Ende März. Doch auch eine Aufteilung Deutschlands in unterschiedliche Strompreiszonen, wie sie die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern fordern, wäre eine Alternative, so Willingmann weiter, "um diese ärgerliche ungleiche Lastenverteilung zu überwinden". Die Energieminister arbeiten demnach an einem Vorschlag für eine bundesweite Wälzung der Mehrkosten besonders betroffener Verteilernetzbetreiber.

Laut dem Vergleichsportal Verivox fallen in Schleswig-Holstein bei einem Jahresverbrauch von 4.000 kWh beispielsweise aktuell Stromnetzgelte von durchschnittlich 507 Euro netto an. In Bayern sind es dagegen nur 321 Euro. Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt zahlen 356 Euro. **/dz**

Von Daniel Zugehör

PERSONALIE

Nimmermann beginnt Arbeit als Energiestaatssekretär

Berlin (energate) - Philipp Nimmermann (Grüne) beginnt seine Tätigkeit als neuer Energiestaatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Der bisherige hessische Wirtschaftsstaatssekretär folgt auf Patrick Graichen. Den hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) infolge der sogenannten Trauzeugen-Affäre und eines weiteren Verstoßes gegen Compliance-Regeln zuvor in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Der Ökonom Nimmermann wird zum 30. Mai 2023 vom Land Hessen zum Bundeswirtschaftsminister abgeordnet. Das Bundeskabinett entscheidet in wenigen Wochen über die Ernennung. Dann erfolgt auch die formelle Bestellung zum Staatssekretär und die formelle Versetzung vom Land zum Bund. Bereits mit der Abordnung kann Nimmermann aber die Aufgaben als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium wahrnehmen. **/lw**

Von Leonie Wolf

IEA-BERICHT

Investitionen in Solarenergie übersteigen 2023 erstmals die für Erdöl

Paris - Die Internationale Energieagentur (IEA) "Saubere Energie schreitet schnell voran - schneller, als vielen Menschen bewusst ist", sagte Geschäftsführer Fatih Birol bei der Vorstellung des Berichts. "Im Vergleich zu jedem Dollar, der in fossile Brennstoffe investiert wird, fließen jetzt etwa 1,7 Dollar in saubere Energie. Vor fünf Jahren lag dieses Verhältnis bei eins zu eins." In Energie insgesamt würden 2023 weltweit rund 2,8 Bio. US-Dollar investiert werden, davon etwas mehr als eine Bio. US-Dollar in Kohle, Gas und Öl. Als Grund dafür, dass die Investitionen in CO2-freie Energietechnologien die Ausgaben für fossile Brennstoffe übersteigen vermutet die IEA durch die globale Energiekrise ausgelöste Kosten- und Sicherheitsbedenken.

Die Ausgaben für Upstream-Öl und -Gas würden 2023 voraussichtlich um sieben Prozent steigen und damit wieder das Niveau von 2019 erreichen. Bei den wenigen Ölkonzernen, die mehr investierten als vor der Covid-19-Pandemie, handle es sich überwiegend um große staatliche Ölkonzerne im Nahen Osten. Von den Rekord-Cashflows, die viele Produzenten fossiler Brennstoffe im vergangenen Jahr aufgrund höherer Brennstoffpreise erzielt hätten, sei der Großteil in Dividenden, Aktienrückkäufe und Schuldentilgung geflossen - und nicht für Investition in fossile Energien verwendet worden.

Weiterhin gering seien die Investitionen der Öl- und Gasindustrie in emissionsarme Alternativen wie sauberen Strom, saubere Kraftstoffe und Technologien zur CO2-Abscheidung. Sie beliefen sich 2022 auf weniger als fünf Prozent der Upstream-Ausgaben. Dieses Niveau habe sich gegenüber 2021 global kaum verändert. Lediglich einige große europäischen Unternehmen lenkten ihre Investitionen teilweise um. Die Erholung der Investitionen in fossile Brennstoffe hält die IEA aus Klimaschutzgründen für zu hoch. Sie würden auf mehr als das Doppelte des Niveaus ansteigen, welches für

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

das im Jahr 2030 im IEA-Szenario "Netto-Null-Emissionen bis 2050" erforderlich sei. Insbesondere die erwartbaren Kohleinvestitionen, die 2023 das Sechsfache dieses Niveaus ausmachen würden, weil die weltweite Kohlenachfrage 2022 ein Allzeithoch erreicht habe, hält sie für mit ihrem Szenario für unvereinbar. /rl

Von Rainer Lütkehus

UNTERNEHMEN

SAAS

Digitale Vertriebslösungen von Evycloud finden erste Abnehmer

Aschaffenburg (energate) - Der Anfang des Jahres gegründete Vertriebsdienstleister Evycloud GmbH hat seine ersten Kunden gewonnen. Dazu gehören Sunvigo, ein Start-up aus der Solarbranche, sowie der Gründungspartner Stadtwerke Wedel GmbH (Schleswig-Holstein). Evycloud bietet kleinen und mittelgroßen Energievertrieben Zugang zur Software-as-a-Service-Plattform Powercloud, die ebenfalls Gesellschafter ist. "Wir bündeln die kleineren Unternehmen für Powercloud, im Gegenzug erhalten unsere Kunden günstigere Lizenzen", sagte ein Unternehmenssprecher zu energate.

Die Mindestabnahmemenge beläuft sich dabei auf 6.500 Zählpunkt-lizenzen. Neben diesen Lizenzen bietet Evycloud seinen Kunden Dienstleistungen rund um den telefonischen und nicht-telefonischen Kundenservice, übernimmt die Abwicklung der energiewirtschaftlichen Marktprozesse im Rahmen der Marktkommunikation und unterstützt auf Wunsch auch bei der Energiebeschaffung. Weitere Produkte könnten folgen. So denkt das Unternehmen über Hauptbuch-Lösungen und Dienstleistungen im Bereich Vertriebscontrolling und Vertriebssteuerung nach. Rodion Burden ist Geschäftsführer bei Evycloud. Er kommt von der Strategieberatung Energie Quader, die ebenfalls an dem Start-up beteiligt ist, und wirbt: "Alles, was ein Kunde von Evycloud noch braucht, um einen erfolgreichen digitalen Energievertrieb mit niedrigsten Prozesskosten aufzubauen, sind eine gute Marketingidee und ein guter Produktmanager." /sd

Von Stefanie Dierks

STROM

BIOGASVERSTROMUNG

Biomasseausschreibung erstmals überzeichnet

Bonn (energate) - Die jüngste Biomasseausschreibung der Bundesnetzagentur (BNetzA) bricht in mehrfacher Hinsicht Rekorde. Dennoch kommt der Zubau von Biogasanlagen zur Stromerzeugung weiterhin nicht in Gang, denn die meisten erfolgreichen Bieter sicherten sich weitere Fördermittel für Bestandsanlagen. Das

ist eine Erkenntnis aus den jüngsten Ausschreibungsergebnissen mit dem Gebotsstichtag 1. April, die die Bonner Behörde jetzt öffentlich machte. "Noch nie wurden in einer Ausschreibungsrunde mehr Gebote eingereicht", kommentierte BNetzA-Präsident Klaus Müller.

Ausgeschrieben hatte seine Behörde in der zweigleisigen Auktionsrunde 300 MW für Biomasseanlagen, die direkt vor Ort dezentral Strom erzeugen, und 19 MW für Biomethananlagen, die ihr Gas zunächst ins Netz einspeisen. Während es in der Biomethanausschreibung kein einziges Gebot gab, war die Biomasseausschreibung deutlich überzeichnet. Dabei sollten es auch im Biomethansegment eigentlich 300 MW sein. In Erwartung der lauen Nachfrage an dieser Stelle hatte die BNetzA das Volumen allerdings deutlich gesenkt - erfolglos, wie sich nun zeigt. Marktbeobachter schreiben diese Zurückhaltung zum Teil dem vergleichsweise jungen Quotenhandel mit Treibhausgasen (THG) zu. Seither werde Biomethan lieber per Quotenregel an die Mineralölhändler verkauft, anstatt es zu verstromen, heißt es.

Rekord: 495 Gebote mit 532 MW

Die einseitige Überzeichnung im Biomassesegment ist ein Novum in der Geschichte der Biogasausschreibungen der BNetzA, betonte Müller. Im Detail gingen 495 Gebote zu Vorhaben mit insgesamt 532 MW bei der Regulierungsbehörde ein. 24 davon schloss die BNetzA wegen Formfehlern aus. Trotz der überdurchschnittlichen Nachfrage bleibt der Biomasseausbaupfad weiter auf überschaubar niedrigem Niveau. Nur sieben der eingegangenen Gebote mit einem Gesamtvolumen von 29 MW bezogen sich auf Bauvorhaben. Bei den übrigen 488 Losen ging es um die Anschlussförderung von Bestandsanlagen. Zuschläge verteilte die BNetzA letztlich an 271 Gebote mit zusammen 302 MW. Ein Großteil davon ging nach Bayern (108 MW verteilt auf 107 Zuschläge) vor Niedersachsen (62 MW verteilt auf 53 Zuschläge) und Nordrhein-Westfalen (48 MW, 43 Zuschläge).

Erste Auktion mit Südbonus

Dass Bayern im regionalen Ranking an der Spitze liegt, ist kein Zufall. Erstmals überhaupt behandelte die Bundesnetzagentur Gebote aus dem Süden Deutschlands bevorzugt. Mit beihilferechtlicher Genehmigung aus Brüssel ging die Hälfte aller Zuschläge, 141 Gebote im Umfang von 151 MW, an Bieter südlich der Mainlinie. Ziel dieser Fördermaßnahme ist es, "mehr gesicherte Leistung im Süden zu installieren, um die Systemsicherheit langfristig zu erhalten", so die BNetzA mit Blick auf das Nord-Süd-Gefälle beim Erneuerbaren-zubau und den damit verbundenen Ausbaubedarf der Stromnetze.

Zuschläge im Schnitt für 19 Cent/kWh

Auch den Nachfrageboom im Biomassesegment selbst begründete die BNetzA mit den jüngsten Anpassungen im Ausschreibungsdesign. Angesichts der krisenbedingt gestiegenen Gestehungskosten für Biomassestrom hatte die oberste Regulierungsbehörde zudem die zulässigen Höchstgebote um rund 43 Prozent erhöht auf 19,49 Cent/kWh. Der durchschnittliche Zuschlagswert nördlich der Main-

linie kam auf 18,92 Cent/kWh, im zum Teil bevorzugten Süden waren es 19,02 Cent/kWh. Das niedrigste bezuschlagte Gebot im nördlichen Teil Deutschlands lag bei 13,60 Cent/kWh, im Süden bei 16,33 Cent/kWh. Das höchste erfolgreiche Los in der Biomasseauktion reizte den Gebotsspielraum voll aus. In der verschmähten Biomethanausschreibung hatte die Gebotsobergrenze bei 19,31 Cent/kWh gelegen. /pa

Von Philip Akoto

+++ KURZ NOTIERT +++

Drei Millionen PV-Anlagen bundesweit am Netz

Berlin (energate) - Der PV-Boom in Deutschland ist ungebrochen. Laut dem Stammdatenregister der Bundesnetzagentur sind bundesweit mittlerweile drei Millionen PV-Anlagen am Netz. Geknackt wurde diese Marke über Pfingsten 2023. Darauf wies jetzt der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW Solar) hin. Die installierte PV-Leistung liege seither über der Marke von 70.000 MW, so der Verband. Je ein Drittel dieser Anlagen ist demnach auf privaten und gewerblichen Dächern installiert, der Rest sind Freiflächenanlagen. Zudem seien bundesweit 2,6 Mio. Solarthermieanlagen installiert, hieß es weiter. Angesichts der weiter hohen Nachfrage werde Deutschland schon 2024 die Marke von vier Mio. PV-Anlagen erreichen, prognostiziert der Verband. /pa

ADD-ON STROM

"Xlinks wird kein zweites Desertec-Projekt"

London (energate) - Das Megaprojekt Xlinks sieht vor, Ökostrom aus Marokko in das 3.800 Kilometer entfernte Großbritannien zu transportieren. Für die kontinuierliche Stromversorgung sollen zudem 20-GWh/5-GW-Batteriespeicher sorgen. Investoren wie Abu Dhabi National Energy Company PJSC (Taqa) und Octopus Energy glauben an das Projekt und stellen dafür Millionen Euro bereit. Warum Xlinks kein zweites Desertec-Projekt wird, erläuterte Simon Morrish, Gründer und CEO, im Interview mit energate.

energate: Herr Morrish, Taqa und Octopus Energy haben ihre Investitionsentscheidungen in Xlinks bekannt gegeben. Wie ordnen Sie diesen Schritt strategisch ein?

Morrish: Xlinks ist froh, sowohl Octopus als auch Taqa an Bord zu haben, um dieses einzigartige Projekt zu realisieren. Taqa bringt eine Fülle von Werten außerhalb ihrer Investition ein und verfügt über umfassende Erfahrungen in der Entwicklung von Energieprojekten in Nordafrika und dem Nahen Osten. Auch verfügt Taqa über Fachwissen in den Bereichen Beschaffung, Projektmanagement und Standortplanung, was in den nächsten Jahren für das Vorhaben von großem Nutzen sein wird. Sie stimmen mit unserer Vision einer dekarbonisierten Welt überein und bringen zudem einen großen Mehrwert in relevanten Projektbereichen.

Octopus hat seinerseits seine finanzielle Unterstützung für Xlinks verdoppelt - es ist bereits die zweite Investition des Unternehmens. Octopus ist als globaler Pionier im Bereich der Energietechnik bekannt und ist strategisch auf Xlinks ausgerichtet, um das Projekt auf dem britischen Markt zu unterstützen und zu fördern. Strategisch gesehen ist dies ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum Bau und schließlich zur Erzeugung einer neuen speziellen grünen Energiequelle für Großbritannien.

energate: Wie kann die Erzeugung und der Transport von Strom über 3.800 Kilometer wirtschaftlicher sein als die Stromerzeugung vor Ort?

Morrish: Das Projekt "Morocco-UK Power Project" ist eine Punkt-zu-Punkt-Verbindung und eine ausschließliche Energieversorgung für das Vereinigte Königreich, wodurch die mit der Nutzung von Übertragungsnetzen Dritter verbundenen Probleme entfallen. Das Hauptaugenmerk liegt auf einem spezifischen Projekt und nicht auf einem übergreifenden Konzept, sodass die Entwicklungsressourcen konzentrierter und die Wirtschaftlichkeit sicherer sind.

In den letzten zehn Jahren sind die Kosten für die Solarstromerzeugung um gut 60 Prozent erheblich gesunken. Es gibt eine bessere Verfügbarkeit von Batteriespeichern, die sowohl stabil und zuverlässig Strom aus erneuerbaren Energien liefern als auch die Nutzung des Kabels maximieren. Die Batteriekosten sind in der Zwischenzeit auch gesunken, und zwar um circa 90 Prozent. Obwohl die Technologien alle ausgereift sind, haben Iterationen zu wesentlich niedrigeren nivellierten Kosten für die Übertragung über diese Entfernungen geführt.

Die durchschnittlichen Strompreise in Europa sind in den letzten zehn Jahren hingegen erheblich gestiegen. Der aus der Region Middle East and North Africa (MENA) gelieferte Strom ist im Vergleich zu anderen kohlenstoffarmen Lösungen sehr wohl wettbewerbsfähig. Darüber hinaus gibt es in Europa inzwischen klare Ziele für erneuerbare Energien, die sowohl vom politischen als auch vom gesellschaftlichen Willen zur Erreichung dieser Ziele getragen werden. Auf der Erzeugungsseite gilt Marokko seit vielen Jahren als führend bei der Erneuerbarenerzeugung. Die jüngsten Projekte haben diesen Status noch weiter gestärkt, auch weil Marokko einen gesetzlichen Rahmen gesetzt hat, der den Export erneuerbarer Energien in andere Länder erleichtern soll.

energate: Auch wenn Xlinks viele Unterschiede aufweist: Welche Erfahrungen nehmen die Partner aus dem Desertec-Projekt mit in dieses Projekt?

Morrish: Die Wirtschaftlichkeit des Projekts "Morocco-UK Power" ist grundsätzlich eine ganz andere als bei Desertec. Die Erzeugungskosten sind um mehr als 90 Prozent niedriger als damals, sodass das Projekt jetzt nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich machbar ist.

Die Fragen stellte Artjom Maksimenko.

PREISBREMSEN

Bundeskartellamt ermittelt gegen Fernwärmeversorger

Bonn (energate) - Nach den ersten Prüfverfahren gegen Gasversorger ermittelt das Bundeskartellamt jetzt auch gegen Fernwärmeversorger. Die Wettbewerbshüter untersuchen, ob die Unternehmen die Preisbremsengesetze missbrauchen und vom Staat zu große Entlastungsbeiträge einfordern. "Betroffen sind weit über hundert Wärmenetze unterschiedlichster Größe in verschiedenen Regionen Deutschlands", erläuterte der Präsident des Bundeskartellamtes Andreas Mundt. Wie beim Erdgas deckten die Ermittlungen etwa 15 Prozent der bislang für das erste Quartal geltend gemachten Entlastungssummen ab.

In der Fernwärme greift seit Januar der Deckel bei 9,5 Cent/kWh für Haushaltskunden. Großkunden zahlen maximal 9,0 Cent bzw. 7,5 Cent/kWh für Wärme beziehungsweise Dampf, der für die Prozesse benötigt wird. In den Verfahren müssen die betroffenen Versorger nun nachweisen, wie ihre höheren Preise zustande kommen. "Von Anfangsverdacht möchte ich gar nicht sprechen", sagte ein Behördensprecher zu energate. Stelle sich heraus, dass einzelne Versorger nur unglücklich beschafft hätten, würden die Verfahren direkt wieder eingestellt. Namen will die Behörde daher erst bekannt geben, wenn tatsächlich ein Missbrauch nachgewiesen ist.

Bei der Auswahl der Unternehmen wurden mehrere Kriterien angelegt, führte der Sprecher aus. Nicht nur sehr hohe Preisausreißer würden in Bonn untersucht, sondern auch Unternehmen, die nicht so weit über dem Deckel liegen, dafür aber durch die schiere Masse der Kunden für die Bundesrepublik hohe Kosten verursachten. Betroffen sind nicht nur Stadtwerke und Regionalversorger, sondern auch industrielle Anbieter, die konzernintern und/oder als Standortmanager Kunden unterschiedlicher Größe in ihrer unmittelbaren Umgebung versorgen.

Fernwärme ist komplexer

Die Überprüfung gestaltet sich bei der Fernwärme ungleich schwieriger als beim Erdgas. Nicht nur wegen des "bunten Bildes an Fallgestaltungen". So bieten beispielsweise manche Versorger im Contracting nicht nur die Wärmelieferung an, sondern berechnen auch die Abrechnung gegenüber den Mietern als Dienstleistung. Zudem ist die Fernwärmebranche weiterhin ein Monopol, behördlich überprüfte Netzkosten gibt es nicht. Hinzu kommt, dass das Wärmepreisbremsengesetz die in der Branche häufig genutzten Preisanpassungsklauseln als grundsätzlichen Rechtfertigungsgrund akzeptiert. "Entlastungsanträge auf der Grundlage von Preisen, die über eine Preisanpassungsklausel zustande gekommen sind, lassen sich deshalb nur begrenzt überprüfen", schränkt das Bundeskartellamt zu große Erwartungen ein. Diese Einschätzung teilen auch Juristen. "Derartige Preisänderungsklauseln bewirken automatische Änderungen der Preise. In diesem

Fall können Wärmeversorger keine Verhaltensspielräume ausnutzen", schrieb Hans-Christoph Thomale von der Frankfurter Kanzlei Mazars im Gastkommentar für energate. Verbraucherschützer sind damit unzufrieden und hätten sich eine breitere Missbrauchsaufsicht gewünscht. In Einzelfällen saßen Kundinnen und Kunden in der Beratung der Verbraucherzentralen, deren Rechnung sich vervielfacht hatte aufgrund der Gaspreisindizes.

Wenig Personal für Überprüfung

Die neue Preisaufsicht im Zuge der Preisbremsen übt das Kartellamt mit einer neuen Abteilung aus. Etwa 18 Stellen sind dafür eingeplant, aber noch nicht vollständig besetzt. Erfahrene Fachkräfte aus anderen Abteilungen würden aktuell aushelfen, so der Behördensprecher. Er erwartet viel Bewegung bei der Anzahl der Verfahren. Die ersten würden vermutlich bald eingestellt, andere folgten durch die neuen Erstattungsanträge für das nächste Quartal. Zeitnah werden auch Ermittlungsverfahren gegen Stromversorger eröffnet, die noch ausstehen.

Mit den frühen Ermittlungen hatte die Behörde durchaus überrascht, wie auch Jurist Thomale für energate einordnete. Marktbeobachter sprechen von einem strategischen Zeichen gegenüber der Energiebranche, damit diese ihre Preise korrekt kalkuliert und somit den Steuerzahler nicht überstrapaziert. /mt

Von Michaela Tix

POLICY PAPER

IW sieht Standortprobleme durch teures Gas

Köln (energate) - Ein "Weiter so" in der Energiewirtschaft gefährdet wegen hoher fossiler Preise den Standort Deutschland. Davor warnen Wissenschaftler des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in einem neuen Policy Paper.

Zwar sichern LNG-Tanker, an erster Stelle aus den USA, die deutsche Versorgung über die ersten schwimmenden LNG-Terminals an der deutschen Küste. Aber schon vor der Gaskrise war LNG in den Jahren 2017 bis 2021 etwa 30 Prozent teurer als europäisches Pipelinegas. Trotz der aktuellen Entspannung im Gasmarkt sei mit einer Rückkehr zu Vorkrisenzeiten nicht zu rechnen, heißt es in dem knapp 60-seitigen Papier. Daher müsse die Regierung die richtigen Weichen stellen, damit die ursprünglich bis 2045 geplante Erdgasbrücke deutlich kürzer ausfallen kann.

Aktuell geben sich die IW-Autoren Michael Hüther, Malte Küper und Thilo Schaefer hier wenig optimistisch. Denn die zentralen Alternativen erneuerbarer Strom und klimaneutraler Wasserstoff lassen auf sich warten. Die Ausbauzahlen für Wind- und Solarkraft der vergangenen Jahre reichten nicht aus. Die nationalen Elektrolyseziele bis 2030 seien "ebenfalls ungewiss" und auch der Import größerer Wasserstoffmengen gestalte sich bis dahin schwierig. Die IW-Wissenschaftler warnen davor, die Potenziale von Wasserstofflieferländern systematisch zu überschätzen. Die dort höheren Volllaststunden für Wind und PV könnten nicht darüber hinweg-

täuschen, dass die Länder auch ihren eigenen Bedarf decken und ihre eigene Energiewende auf den Weg bringen müssen. Nur unter zwei Prozent der geplanten Wasserstoffprojekte sind im Bau oder haben eine tatsächliche Investitionsentscheidung vorzuweisen. Oft starten Wasserstoffprojekte erst nach 2030.

Regeln müssen sich ändern

Eine Übergangszeit von mehreren Jahren ohne Aussicht auf absehbar bessere Standortbedingungen sei für den unternehmerischen Investitionshorizont zu lang, warnt das Institut. Die drei Autoren schlagen deshalb einen ganzen Strauß von Maßnahmen vor, angefangen bei pragmatischen Regeln für Herkunftsnachweise und PPA, über die Bildung strategischer Energiepartnerschaften bis hin zu einfacheren Genehmigungsverfahren für Infrastruktur. Hierzu zählen sie nicht nur Stromtrassen, sondern auch Wasserstoff- und CO₂-Leitungen sowie neue Gaskraftwerke als Back-up zur Versorgungssicherheit. /mt

Von Michaela Tix

"H2-MIX"

Wasserstoffbeimischung in Erftstadt problemlos

Erftstadt (energate) - Nach sechs Monaten Laufzeit zieht das Projekt "H2-Mix" in Erftstadt ein positives Fazit. In zwei Stadtgebieten und einem Gewerbegebiet hat die bis zu 20-prozentige Wasserstoffbeimischung in das L-Gas-Netz keine Probleme verursacht. Hinter dem Projekt stehen der örtliche Gasversorger GVG Rhein-Erft und der zuständige Netzbetreiber RNG. Der Prüfdienstleister Tiv Rheinland überwacht die Einspeisung und die Verbrennung des Gasgemisches. Zum Einsatz kommt eine spezielle Sensorik des Schweizer Unternehmens MEMS. Sie erkennt den H₂-Gehalt ab dem ersten Prozent in Echtzeit und ermittelt zudem Brennwert, Dichte, Wobbe-Index, Kompressibilität und Methanzahl. "Alle Kundenanlagen laufen unter Wasserstoff einwandfrei. Es gibt weder Probleme bei der Verbrennung noch Undichtigkeiten in den Leitungen oder den Armaturen", resümierte GVG-Geschäftsführer Werner Abromeit nach der ersten Heizperiode. Die Abgaswerte der Kundenanlagen, neben CO₂ noch CO und NO_x, hätten sich zudem deutlich verbessert, da der Wasserstoff im Vergleich zu Erdgas rückstandslos verbrenne, ergänzten die Projektleiter Michael Thys (GVG) und Felix Schönwald (RNG). Die Abrechnung der Kundinnen und Kunden laufe in Abstimmung mit dem Eichamt regelwerkskonform.

Odorierung trotz Beimischung ausreichend

Die Projektpartner prüfen zudem, ob das Erdgas trotz Beimischung noch genügend nach Erdgas riecht. Dies ist für den Fall eines Lecks lebensnotwendig. Zwischenfazit: Die Messung des Odormittels zeigte bisher über alle Beimischungsstufen eine ausreichende Konzentration, um wahrgenommen zu werden. "Der Betriebsversuch ist für uns als Netzbetreiber wegweisend, da wir dessen Ergebnisse auf andere Netzgebiete übertragen können", erläuterte Ulrich Groß,

technischer Geschäftsführer der RNG. Das Projekt läuft noch bis Ende Dezember 2023. Danach werden alle technischen Anlagen zurückgebaut. Das Projekt H₂-Mix ist eines unter vielen Wasserstoffbeimischungsprojekten, die Netzbetreiber in Kooperation mit Partnern in Deutschland durchführen. In Sachsen-Anhalt hatte die Eon-Tochter Avacon zusammen mit dem Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) die Einspeisung über zwei Heizperioden getestet. Auch hier zeigten sich bei einer Quote von 20 Prozent keine Probleme. /mt

Von Michaela Tix



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

ELEKTROMOBILITÄT

Freenow-Taxis laden bundesweit

Bochum (energate) - Der Mobilitätsanbieter Freenow ermöglicht seinen Taxifahrerinnen und -fahrern künftig das bundesweite Laden. Partner ist der Tank- und Ladenetzbetreiber Aral. Eine Umfrage habe das wachsende Interesse des Taxigewerbes an der E-Mobilität bestätigt, begründet das Unternehmen den Schritt. In Hamburg läuft bereits ein Pilotprojekt mit rund 1.500 Fahrerinnen und Fahrern, die die "Aral Fuel & Charge Card" nutzen. Hamburg verfolgt das Ziel, dass ab dem Jahr 2025 nur noch Taxis mit Batterie- oder Brennstoffzellenantrieb in der Hansestadt fahren. In Zukunft stehe allen Freenow-Taxis in Deutschland eine solche Karte zur Verfügung. Freenow ist an rund 90 Standorten bundesweit verfügbar.

Der Umfrage zufolge können sich ein Drittel aller Freenow-Fahrerinnen und -Fahrer einen Wechsel auf ein elektrisch betriebenes Taxi vorstellen. Knapp 60 Prozent planen den Umstieg demnach innerhalb der kommenden drei Jahre. Aral betreibt ein Schnellladenetz mit nach eigenen Angaben aktuell rund 1.500 Ladepunkten hierzulande. /dz

Von Daniel Zugehör

"HYDEX" WOCHENBERICHT (KW 22)

Wasserstoffpreise fallen weiter

Bonn (energate) - Die allgemein negative Preisentwicklung an den kurzfristigen Energiemärkten setzte sich auch vergangene Woche weiter fort. Die hohe Solar-, die etwas gestiegene Windeinspeisung sowie geringe Nachfrage zum Pfingstwochenende sorgten wiederum für Verkaufsdruck an den kurzfristigen Strommärkten.

Die Spotpreise gaben im Wochendurchschnitt um zehn Prozent nach. Dadurch verringerten sich auch die Herstellungskosten für grünen Wasserstoff. Der Hydex Green notierte durchschnittlich bei 136 Euro/MWh (4,54 Euro/kg) und damit 11 Euro/MWh (0,38 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche. Die Gasmärkte zeigten sich wie in den vergangenen Wochen weiterhin entspannt. Die geringe Nachfrage, das sehr gute LNG-Angebot und komfortable Speichervorräte sorgten erneut für fallende Notierungen an den kurzfristigen

Gasmärkten. Die Spotpreise gingen auf Wochenbasis um 14 Prozent zurück. Dadurch verringerten sich auch die Kostpreise zur Herstellung von konventionellem Wasserstoff. Der Hydex Blue und der Hydex Grey notierten im Mittel bei 69 Euro/MWh (2,30 Euro/kg) beziehungsweise 74 Euro/MWh (2,47 Euro/kg) und damit jeweils um 6 Euro/MWh (0,21 Euro/kg) beziehungsweise 8 Euro/MWh (0,26 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche.

Grüner Wasserstoff verbesserte seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konventionellem Wasserstoff in der vergangenen Woche weiter. Der Hyspread Green-Grey notierte im Mittel bei 62 Euro/MWh (2,07 Euro/kg) und damit 4 Euro/MWh (0,12 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche. /**Andreas Gelfort, E-Bridge Consulting**

Der Wasserstoffindex Hydex ist kostenbasiert und bezieht sich auf die kurzfristigen Gesteungskosten von drei verschiedenen Technologien zur Herstellung von Wasserstoff, Elektrolyse (grün)

ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

VZBV: "Der Nutzen des Smart-Meter-Einbaus übersteigt die Kosten"

Berlin (energate) - Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) begrüßt nicht nur die Preisobergrenzen für den Einbau intelligenter Messsysteme für Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die künftige Pflicht zu dynamischen Stromtarifen. Darüber und über Mieterstrommodelle und Steckersolargeräte sprach energate mit Henning Herbst, Referent im Team Energie und Bauen beim VZBV.

energate: Herr Herbst, der Bundestag hat das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende beschlossen. Kann es nun endlich losgehen mit dem Smart-Meter-Rollout?

Herbst: Aus Sicht des Verbraucherzentrale Bundesverbands ist es auf jeden Fall ein Neustart, der den Smart-Meter-Rollout voranbringt. Das ist auch im europäischen Vergleich dringend notwendig. Wir begrüßen den Vorstoß und auch einen Großteil der Regelungen, die dieses Gesetz enthält.

energate: Was sehen Sie positiv an der Regulierung?

Herbst: Wir begrüßen erst einmal grundsätzlich, dass die Preisobergrenzen für die Verbraucherinnen und Verbraucher und auch für die Betreiberinnen und Betreiber von PV-Anlagen deutlich herabgesetzt wurden. Für die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher sind es nun 20 Euro pro Smart Meter und Jahr - bei denen, die eine Wärmepumpe oder ein E-Auto besitzen, sind es 50 Euro. Das ist aus unserer Sicht ein Bereich, bei dem der Nutzen eines Einbaus die Kosten der höheren Messentgelte übersteigt. Wir sehen ebenfalls positiv, dass ab 2025 alle Stromlieferanten dynamische Stromtarife anbieten müssen. Diese sind notwendig, um die Vorteile der Messsysteme besser nutzen zu können. Besonders zu begrüßen ist, dass im parlamentarischen Verfahren Vereinfachungen für Mieterstrommodelle in das Gesetz mit aufgenommen wurden. Für virtuelle Summenzähler beim Mieterstrom hatten wir uns eingesetzt.

energate: An welchen Stellen üben Sie noch Kritik?

Herbst: Kritisch sehen wir, dass die Preisobergrenzen zeitnah wieder angepasst werden können. Da hätten wir uns gewünscht, dass dies erst ab dem Jahr 2027 möglich ist. Und dadurch, dass die Netzbetreiber einen Teil der Kosten übernehmen, werden diese wahrscheinlich auch einen Teil davon auf die Netzentgelte umlegen. Wir hatten eine Finanzierung über Steuermittel gefordert, damit es keine höheren Netzentgelte für andere Verbraucherinnen und Verbraucher gibt. Diese Forderung wurde leider nicht aufgegriffen. Sollten die Netzentgelte zu stark ansteigen, muss hier noch einmal nachgesteuert werden.

energate: Aber ansonsten halten Sie offenbar die Kostenstruktur für angemessen. Gilt das auch für den agilen Rollout, bei dem ja durch Updates noch Kosten hinzukommen können?

Herbst: Im agilen Rollout hatten wir gefordert, dass Geräte ohne komplette Mindestfunktionalitäten maximal 20 Euro kosten dürfen. Dies wurde leider nicht umgesetzt. Aber ab 2025 muss laut Gesetz der volle Funktionsumfang vorhanden sein. Danach sollten den Verbraucherinnen und Verbrauchern keine Nachteile mehr entstehen.

energate: Ist der Datenschutz aus Ihrer Sicht nun ausreichend gewährleistet?

Herbst: Wir als Verbraucherzentrale Bundesverband unterstützen grundsätzlich hohe Datenschutzanforderungen und das Gesetz geht auf diese Forderungen ein.

energate: Was würden Sie Verbraucherinnen und Verbrauchern jetzt empfehlen? Sollten auch die optionalen Fälle bei den Smart Metern nun zugreifen?

Herbst: Wir begrüßen es, dass ab 2025 alle Verbraucherinnen und Verbraucher, die ein digitales Messsystem proaktiv eingebaut haben wollen, dieses innerhalb von vier Monaten bekommen und an der Digitalisierung der Energiewende teilhaben können. Es ist aus unserer Sicht angemessen, dass für den proaktiven Einbau einmalig 30 Euro berechnet werden. Grundsätzlich sollten sich Verbraucherinnen und Verbraucher überlegen, ob sich zum Beispiel dynamische Tarife für sie lohnen. Da stellen sich dann unter anderem die Fragen: Welchen Anteil meines Stromverbrauchs kann ich flexibel gestalten und welche Risikobereitschaft besitze ich? Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollten sich dann über die verschiedenen Tarifmöglichkeiten informieren. Zudem können sie mit den neuen Geräten ihren Stromverbrauch genauer ansehen.

energate: Sie haben auch einen Vorschlag für die Einführung für Steckersolargeräte gemacht. Was genau schlagen Sie vor?

Herbst: Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Elektrotechnikverband VDE Vorschläge gemacht hat, wie man Stecker-solargeräte entbürokratisieren kann. Wir haben ähnliche Vorschläge vorgebracht, die meisten davon finden sich jetzt auch in der PV-Strategie des Bundeswirtschaftsministeriums wieder. Das begrüßen wir. Im Rahmen dieses Gesetzesverfahrens hatten wir gefordert, dass ein alter Ferraris-Zähler, der noch nicht durch ein intelligentes Messsystem ersetzt wurde, bei der Nutzung eines Steckersolargerätes im Rahmen einer Bagatellregelung rückwärtslaufen darf. Dafür hätte es aus unserer Sicht eine Anpassung im Messstellenbetriebsgesetz benötigt. Diese wurde im Rahmen dieser Novellierung nicht vorgenommen. Wir hoffen auf eine Umsetzung im Gesetzgebungsprozess zur Umsetzung der PV-Strategie.

Die Fragen stellte Carsten Kloth.

ÖSTERREICH

STUDIE

Bundesländer favorisieren PV-Ausbau

Wien (energate) - Die Bundesländer haben ihre Klima- und Energieziele leicht verbessert. Vor allem der PV-Ausbau verläuft "sehr dynamisch". Eine ähnliche Entwicklung wäre auch für alle anderen erneuerbaren Technologien wünschenswert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Dachverbands Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) und der Österreichischen Energieagentur (AEA), die am Dienstag, den 30. Mai, in Wien präsentiert wurde.

Die Analyse zeigt ein "wesentlich positiveres Bild" von den Klima- und Energiezielen der Bundesländer als vor zwei Jahren. Dennoch gebe es in den Bundesländern noch eine große Lücke zwischen Klimazielen und unabhängiger Stromversorgung, sagte AEA-Leiter für Energiewirtschaft und Infrastruktur, Günter Pauritsch. EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtel-Grundnig appellierte an die Bundesländer, sich nicht "einzelne Technologien herauszupicken und zu favorisieren", sondern alle Erneuerbaren einzusetzen.

Strom- und Energieeffizienzwende

Generell stellten die Erneuerbarenverbände "massive Probleme bei der Umsetzung" fest. Selbst die Erhöhungen bei den Photovoltaikzielen dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass Landesgesetze für PV auf Gebäuden und Infrastruktur, geeignete Flächen für Großprojekte und leistungsfähige Stromnetze erforderlich sind. Doch die meisten Bundesländer agieren scheinbar planlos, bemängelte die Geschäftsführerin des Bundesverbands Photovoltaic Austria, Vera Immitzer.

In allen Bundesländern fehlt es aber vor allem auch an Flächen, die für den Windkraftausbau zur Verfügung gestellt werden, betonte die IG Windkraft. Weiterhin braucht es raschere Genehmigungsverfahren und dazu ist mehr Personal notwendig, forderte Geschäftsführer Stefan Moidl.

In Zukunft sei laut Verbänden ein höherer Bedarf an erneuerbarer Energie, besonders in der Stromerzeugung, zu erwarten. Dabei müsse auch der Gesamtenergieverbrauch deutlich gesenkt werden. Um die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten, müsse der Erneuerbarenausbau von Effizienzmaßnahmen begleitet werden. Laut der Studie müssen bei den CO₂-Emissionen bis 2030 jedes Jahr rund 3,4 Prozent eingespart werden. Im Vergleich dazu wurden von 2005 bis 2019 nur 0,8 Prozent eingespart. **/imk**

Von Irene Mayer-Kilani

ENERGIEPOLITIK

Bundesregierung präsentiert überarbeitetes EEffG

Wien (energate) - Die Bundesregierung (ÖVP/Grüne) hat ein adaptiertes Energieeffizienzgesetz (EEffG) vorgelegt. Im neuen Entwurf sollen verpflichtende Energieeffizienzmaßnahmen für die Bundesländer entfallen. Stattdessen werden diese durch Richtwerte ersetzt. Auch sollen die Maßnahmen von Bund und Ländern in einer Strategie im Rahmen des nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) zusammengefasst werden, teilte der Pressedienst des Parlaments mit. Im neuen Antrag beibehalten wurde hingegen das Ziel, den Energieverbrauch in Österreich bis zum Jahr 2030 um 650 Petajoule zu reduzieren. Auch sollen weiterhin Beratungsstellen und eine Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut eingerichtet werden. Zudem gilt eine Sanierungsquote für Bundesgebäude von drei Prozent.

Mit dem neuen Antrag sollen weite Teile des Gesetzesvorhabens in das vormalige Bundes-Energieeffizienzgesetz übernommen werden, hieß es. Verfassungsbestimmungen sollen dabei nicht geändert oder ergänzt werden, wodurch eine einfache Koalitionsmehrheit für den Beschluss ausreicht. Der zuvor vorgelegte Entwurf des EEffG erforderte eine Zweidrittelmehrheit und scheiterte aufgrund fehlender Stimmen im Parlament.

Hintergrund ist eine Blockadehaltung der SPÖ. Die Sozialdemokraten wollen keinem Gesetzesvorschlag der Regierung mehr zustimmen, bis diese nicht die geforderten Anti-Teuerungsmaßnahmen umsetzt. Der adaptierte Gesetzesentwurf steht am 1. Juni bei einer Sondersitzung des Nationalrats auf der Tagesordnung. Österreich muss das Gesetz rasch beschließen, da die Europäische Kommission bereits ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat und Strafzahlungen in Millionenhöhe drohen. **/af**

Von Alexander Fuchssteiner

ATOMKRAFT

Rosatom darf AKW Paks ausbauen und finanzieren

Brüssel/Budapest/Wien (energate) - Die EU gibt grünes Licht für den Bau von weiteren zwei Blöcken des ungarischen Atomkraftwerks Paks. Das berichten übereinstimmend die russische Nachrichtenagentur Interfax und der ungarische Außenminister Péter Szijjártó. Den Bau und den Großteil der Finanzierung des

Milliardenprojekts übernimmt die staatliche russische Atomenergieagentur Rosatom. Aus Österreich kommt deutliche Kritik an der Entscheidung. Das AKW liege auf einer Erdbebenbruchlinie und Rosatom sei ein überaus riskanter Partner, so heimische Atomkraftexperten gegenüber energate.

Planungen für die Erweiterung des Atomkraftwerks an der Donau laufen seit vielen Jahren. 2014 hat Ungarn mit Rosatom das Projekt vereinbart, doch der Baustart kam nicht zustande. Im Jahr 2017 verlängerte die ungarische Atomaufsicht die Baulizenz um weitere fünf Jahre. Seither habe sich jedoch die "juristische und technologische Situation" geändert, erklärte dazu Außenminister Szijjártó in den sozialen Medien.

Ungarns Außenminister zu Gesprächen in Moskau

Heuer im März lief die Baulizenz aus. Daraufhin reiste Szijjártó im April zu Gesprächen nach Moskau. Dort vereinbarte er mit Alexei Lichatschow, Chef von Rosatom, einen neuen Vertrag über die Technologie und die Finanzierung des Projekts. Bei der Gelegenheit mahnte Szijjártó sowohl Brüssel als auch Moskau zur Eile: Ungarn müsse mit Atomkraft vor den Energiepreisschwankungen geschützt werden. Nun liegt seitens der von Ursula von der Leyen geführten EU-Kommission die Genehmigung offenbar vor.

Rosatom soll Großteil der Finanzierung übernehmen

Das seinerzeit von der Sowjetunion erbaute AKW Paks ist das einzige Atomkraftwerk Ungarns. Derzeit sind vier Blöcke mit einer Leistung

von knapp 2 Gigawatt in Betrieb und sie liefern mehr als ein Drittel des gesamten ungarischen Strombedarfs. Die veranschlagten Kosten für weitere zwei Blöcke beziffert Szijjártó mit aktuell 12,5 Mrd. Euro, wovon laut russischen Nachrichtenagenturen 10 Mrd. Euro Rosatom selbst über einen langfristigen Kredit bereitstellen will. Der Bau könnte nach Angaben von Rosatom schon im nächsten Jahr starten.

Deutliche Kritik aus Österreich

Aus Österreich kommt Kritik an der Brüsseler Entscheidung. Martin Litschauer, Anti-Atomkraftexperte der Grünen, verweist auf ein Gutachten des österreichischen Bundesamtes für Erdbebengefahr, wonach sich der Standort in einer Gefahrenzone für Erdbeben befinde. Dieses Gutachten hätten sowohl Ungarn als auch die EU-Kommission ignoriert und damit Kriterien für Standortbewilligungen verletzt, betonte Litschauer.

"Rosatom ist Putin direkt unterstellt"

Gegenüber energate erklärte Reinhard Uhrig, Atomkraftexperte der österreichischen Nichtregierungsorganisation Global 2000, Rosatom unterstehe direkt der Kontrolle des russischen Staatschefs Wladimir Putin. Das Personal dieser staatlichen Behörde sei unmittelbar "an der völkerrechtswidrigen Besetzung des umkämpften ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja beteiligt". Daher könne Rosatom jederzeit auf der Sanktionsliste der EU landen. Es sei "nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch ein höchst unsicherer Partner." /pm

Von Peter Martens

Profitieren Sie von tiefergehendem Expertenwissen!

Die Add-ons des ener|gate messenger⁺ bieten Ihnen **Hintergrundwissen** und **Inhalte mit besonderem Mehrwert** zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten.

Jetzt mehr erfahren!

ener|gate
messenger⁺

